Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

# Vorwärts

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 206 Division Street.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Beubig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 9. Sonntag, 21. Januar. 1877.

### Klassengegensätze.

Was war das immer für ein Geschrei noch vor kurzer Zeit, wenn wir Sozialdemokraten auf den Kampf hinwiesen, den die verschiedenen Klassen der Gesellschaft Jahrhunderte lang mehr oder minder heftig geführt haben, den sie jetzt in verschärfter Weise noch führen und den sie so lange führen werden, bis die Klassen überhaupt verschwunden sind, bis an die Stelle der Klassenherrschaft das Prinzip der Gleichheit Aller getreten sein wird.

Was war das für ein Geschrei! Es gibt keine Klassen in Deutschland — die Sozialdemokraten belügen das Volk, indem sie künstlich die Klassengegensätze hervorzurufen suchen — so konnte man es in allen liberalen und conservativen Zeitungen im tollen Wirrwar durcheinander fortwährend vernehmen.

Lassalle hat eine Bourgeoisie für Deutschland gewissermaßen erfunden, blos um seinen Anschauungen Bahn zu verschaffen, lautete es ferner — es giebt in Wirklichkeit aber nur politische Parteien, welche in die öffentliche Arena eintreten.

Schulze-Delitzsch ermahnte ja bekanntlich die Arbeiter, sich als Klasse von den politischen Dingen vollständig fern zu halten, als einzelne Personen sich aber der Fortschrittspartei anzuschließen.

Und durch die ganze Zeit geht der Versuch, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu unterdrücken, die Klassen in einzelne Individuen aufzulösen.

Daß dies aber am allerwenigsten bei den herrschenden Klassen möglich ist, dort wo die Vorrechte jegliche Verbindung der Individuen bedingen, dort, wo trotz des ewigen Concurrenzkampfes der gemeinsame Trieb der größtmöglichsten Ausnutzung der Arbeitskraft alle Handlungen vorzeichnet, dies haben unsere Politiker und Nationalökonomen sehr schnell eingesehen, deshalb suchten sie auch mit erhöhtem Eifer im Interesse der herrschenden Klassen das Klassenbewußtsein der sogenannten niederen Schichten der Bevölkerung zurückzuhalten. Das beste Mittel aber hierzu schien ihnen darin zu liegen, daß sie überhaupt jegliches Klassenwesen wegleugneten.

Die Macht der Thatsachen ist aber auch über solches Treiben Herr geworden.

Schon bei den letzten Reichstagswahlen im Jahre 1874 schlossen sich die verschiedensten Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokraten zusammen — es standen die Parteien des Besitzes der Partei der Besitzlosen gegenüber. Doch gab man dieser Thatsache noch nicht den entsprechenden Ausdruck.

Jetzt hingegen, nach den Reichstagswahlen von 1877, ist die Zunge gelöst, jetzt haben Angst und Furcht die Klugheit von früher besiegt und in allen Tonarten und bei allen politischen Parteien klingt es: „Der Kampf der Klassen ist entbrannt: hie Bürgerthum (Bourgeoisie), hie Proletariat!"

So lesen wir in der „Lübecker Eisenbahnzeitung", einem weit verbreiteten liberalen Blatte, folgenden bezeichnenden Satz:

„Die Sozialdemokraten haben die Wähler im Jahre 1874 aufgeweckt, und wenn früher die Wahlen zum Parlamente noch mit 400 bis 500 Stimmen schleppend vollzogen wurden, so zeigt sich jetzt eine mehr als verzehnfachte Theilnahme am öffentlichen Leben; diese eben soll durch die Wahlen erweckt und befördert werden. Die Wahlcomités haben es auf beiden Seiten verstanden, diesen Zweck zu erreichen. — Daß, sobald dies geschieht, das Bürgerthum sich stärker zeigt, als die Sozialdemokratie, versteht sich bis jetzt noch von selbst. Wir sagten das „Bürgerthum"; mit diesen Worten bezeichnet die „Nationalzeitung" jetzt die nationalliberale Partei und die Fortschrittspartei zusammen und das „Bürgerthum" — nicht die Partei — ist es, welches hier siegte, weil es richtig in den Kampf geführt wurde."

„Hie Bürgerthum, hie Proletariat"! Der Kampf der Besitzlosen mit den Besitzenden ist entbrannt — deutlich redet so die vorstehende Notiz.

Und wenn man unter „Bürgerthum" die liberalen Parteien versteht — desto besser, dann ist plötzlich Alles klar geworden. Die conservative Partei vertritt lediglich die Interessen des Grundbesitzes, die liberalen Parteien vertreten lediglich die Interessen des mobilen Kapitals, des Industrie- und Handelskapitals, und die Sozialdemokratie vertritt die Interessen der Arbeit und der mit dieser verbundenen Interessen des gesammten Volkes.

So wird die Situation immer klarer. Nach und nach verschwindet das besondere Interesse für die Herrschaft des Grundbesitzes, da dieser mehr und mehr mobilisirt und zerstückelt wird und so von einer Hand in die andere geht. Die Herrschaft des Grundbesitzes kann nicht aufrecht erhalten werden, sie ist in Wirklichkeit schon gefallen, so daß der Besitzer von Grund und Boden im Wesentlichen auf einer Stufe mit dem Kapitalbesitzer jetzt steht.

Die Herrschaft des Kapitals in Staat und Gesellschaft aber steht jetzt in höchster Blüthe, so daß sich an derselben schon etliche welke Blätter befinden; einige rauhe Stürme können die Blüthe zerstören.

So brauste am 10. Januar ein solcher kräftiger Sturmwind durch die deutschen Gauen und rüttelte mächtig an dem blühenden Baume des Kapitalismus.

Schrecken ist unter die bestürzten Gärtner und Pfleger des Baumes gefahren, sie laufen umher und suchen nach Stützen und in ihrer Angst verrathen sie das Geheimniß, daß der Baum in Wahrheit gar nicht wurzelt im Boden des Volkes, im Boden des Rechtes sondern im Boden einer Klasse, im Boden des Mammons.

Klarheit, immer größere Klarheit muß werden. Im politischen Leben werden gegenüberstehen: Aeußerste Reaktion und volle Freiheit — im sozialen Leben aber: Capitalismus und Arbeit.

Und die Vertreter dieser Richtungen heißen: Bürgerthum (Bourgeoisie) und Proletariat.

---

### National-Oekonomisches.

Von J. Dietzgen.

III.

Für die Volkswirthschaft ist das Verständniß des Geldes gleichsam eine geheime Feder, welche uns einen unerwarteten Ein- und Ueberblick erschließt. Wie der heilige Augustinus an der Dreifaltigkeit, so haben die Nationalökonomen von jeher an der geheimnißvollen Natur des Geldes herumspekulirt. Und ein wahres Geheimniß ist diese Natur. Sie ist wie ein Taschenspieler, der den Ring unter seinem Hute je nach Belieben in einen Ball, in ein Ei, in ein Spiel Karten oder in ein Kaninchen umsetzt. Geld ist ein Magiker, der auf dem Tisch des Boutikers Gold in Kaffee oder Zucker, in Zitz oder Leinewand, in Eisen oder Stiefelwichse, in eines und alles verwandelt. Jedes Ding hat seine speziellen Eigenschaften: ist es kalt, dann ist es nicht warm, ist es schwarz und rund, dann ist es nicht weiß und eckig, ein Stück Geld aber ist ein viereckiger Kreis. Wer das Geld, der hat die Quadratur des Zirkels erfunden. Ein Beutelchen mit Gold oder ein Läppchen Papier, dem von Staatswegen die Thalerzahl Fünfhundert aufgedrückt ist, verkörpert die Wünschelruthe, die eine ganze Familie für Jahr und Tag mit Essen und Trinken, mit Strümpfen und Schuhen und hundert andern Nippsachen versorgt. Solcher Zauberei gründlich auf die Finger gesehen zu haben, ist eine unsterbliche sozialdemokratische That des Parteigenossen Marx.

Kaum giebt es ein gemeineres, trivialeres Ding wie das Geld ist; aber gerade weil es uns stündlich durch die Hand geht, vergessen wir leicht, wie weit der Kopf von seinem Verständniß entfernt ist. Weil uns das Geld beständig im Gesicht liegt, ist der Blick so weit abgestumpft, daß es einer speziellen Beleuchtung bedarf, um uns erst wissen zu machen, wie hinter dem blinkenden Scheine eine unerkannte Wahrheit verborgen liegt. Und die größten Finanziers und Geldspekulanten kennen wohl am wenigsten von der Wissenschaft ihres Abgotts. Vielleicht sagt ihnen der Instinkt, daß solche Kenntniß eine sozialdemokratische Tendenz hat. Zwar soll die Wissenschaft auf einer höheren Warte stehen, als auf der Zinne der Partei. Doch bemühen wir uns ja auch beständig darzuthun, daß die Sozialdemokratie nur nominell eine Partei, in der That aber die Sache der Kultur, die Sache der Menschheit ist. Also muß sie auf höchster Zinne, auf dem Gipfel der Wissenschaft stehen.

Der Pastor verlangt, daß wir sein augenscheinlich Gebäck von Mehl und Wasser nicht für ein Gebäck, sondern im Gegentheil für wahrhaftig Fleisch und Blut ansehen. Aehnlich aber, mit mehr Recht, verlangt die ökonomische Wissenschaft, daß wir das Ding, welches die Funktion des Geldes besorgt, nicht für ein Ding, nicht für ein mechanisches Instrument, sondern für ein geistiges Band zu nehmen wissen, welches den wirthschaftlichen Beruf ausübt, die vereinzelten Menschen genossenschaftlich zu umschlingen. Geld ist eigentlich ein sozialdemokratisches oder communistisches Ei, das die gute Mutter Natur der Bourgeois-Wirthschaft heimlich in's Nest legte. Die Fabrikationen verschiedenster Produkte, die Theile der nationalen Arbeit werden mittels des Geldes gleichsam verbrüdert. An der Verbrüderung haben die Sozialisten bekanntlich ein großes Wohlgefallen; daß aber in der Geldwirthschaft die Brüderlichkeit nur mysteriös versteckt und also schmählich kastrirt ist, bedarf der Enthüllung und Publikation, und berechtigt uns, wider diese Wirthschaft entschieden zu agitiren.

Der Bauer will sein Korn und seine Butter nur zum winzigsten Theile selbst genießen; er will, wenn er gedroschen und gebuttert hat, auf den Markt und dort sein Produkt zu Geld machen. Wie ihm, ergeht es den anderen Leuten. Männiglich muß Geld haben. Wozu das? Warum bleibt nicht jeder bei sich, schafft was er bedarf und verzehrt sein eigenes Produkt? Weil der Mensch von Natur kein Privatwirth, sondern zur Volkswirthschaft geboren ist. Er muß, sofern er etwas Menschenwürdiges erreichen will, mit andern Menschen sich wirthschaftlich verbrüdern. Solche Verbrüderung ist ein unumgängliches Erforderniß aller Kultur. Schon der Barbar macht seinen Anfang damit. Seine Horde ist eine politische Verbrüderung zu wirthschaftlichen Zwecken, und an der Grenze, wo die Natiönchen zusammenstoßen, beginnt er den Tauschhandel, d. h. er treibt vertrackte Brüderlichkeit und verkappte Genossenschaft. Wo der Barbar, der bisher weder Werth, noch den Werthmesser oder das Geld kennt, zu seinem Nachbar Barbar sagt, ich gebe mein Pferd, das ich zuviel habe, für deine zwei Ochsen, die dir überzählig sind, wo man also übereinkommt, daß zwei Ochsen und ein Pferd den gleichen Werth haben, da mit andern Worten hat der Barbar A. zum Barbaren B. gesagt: Komm her Bruder, wir wollen keine Barbaren, sondern ein einig Volk von Brüdern sein. Deine, meine und Anderer Arbeit sei eine Arbeit, wenigstens sofern eine, daß nicht gefragt sei, was für ein besonderes Stück dieser oder jener gemacht, ob Pferd, Ochse, Weizen oder Käse. Aus dem Bedürfniß wirthschaftlicher Verbrüderung geht der Tauschhandel hervor. Wo Austausch der Produkte stattfindet, da hat sich bereits eine allgemeine Produktivgenossenschaft und ein nationaler Consumverein ohne alle Statuten gebildet. Im barbarischen Tauschhandel steckt schon der künftige Communismus, die brüderliche Arbeit. Nur das Bewußtsein der Barbaren ist vernagelt. Statt daß sie sich selber klar zu einander sagen: Laßt uns gemeinschaftlich arbeiten, sagen sie, ein Ochse soll werth sein 100 Käse, oder ein halbes Pferd, oder acht Malter Weizen ꝛc.

Das heißt also: Ochsen, Käse, Pferde, Weizen sollen nur verschiedene Stücke von derselben einen nationalen oder brüderlichen Arbeit sein. Die klare Idee der sozialdemokratischen Brüderlichkeit ist beim Tauschhändler unklar im „Werthbegriff" versteckt. Ein Ding hat Tauschwerth, heißt mit anderm Worte, es ist ein Stück vertrackt-communistischer oder nationaler Arbeit. Wo es heißt: ein Pferd ist soviel werth wie zwei Ochsen, eine Löwenhaut wie zehn Ochsen, ein Pfeilbogen wie ein Viertel Ochse u. s. w., da werden die Ochsen zu Repräsentanten der Commune, und wird auf solche Art die beliebteste, couranteste Waare in Geld verwandelt, in jenes geheimnißvolle Ding, welches Eines und Alles ist.

Seit Adam Smith sein berühmtes Werk vom Reichthum der Nationen schrieb, ist die Redensart von der „Theilung der Arbeit" in Aller Mund. Daß aber, wo Schmied, Schuster, Bauer ꝛc. die nationale Arbeit in verschiedene Gewerbe theilen, daß da auch die gesammte Arbeit der Nation eine organisirte Einheit ist, das ist keinem Bourgeois begreiflich und Geld und Werth sind ihm deshalb verschlossene Begriffe. Um diese ökonomischen Dinge zu verstehn, muß man Sozialdemokrat werden, man muß begreifen, daß die wirthschaftliche Verbrüderung der Menschen eine Naturnothwendigkeit ist, welche, man mag es wissen oder nicht, wollen oder nicht wollen, sich überall in den Handel und Wandel hineindrängt. Auch in der heutigen schlechten Geldwirthschaft steckt der Sozialismus, aber nur wie der Geist im Brummkessel, er will beschworen sein, bevor er sich zeigt.

Seit undenklichen Zeiten ist das Geld bekannt, aber so bekannt wie heute ist es nie gewesen, die Geldwirthschaft hat sich aus der Naturalwirthschaft entwickelt und entwickelt sich ferner immer riesiger noch. Naturalwirthschaft ist Barbarenwirthschaft. Man ackert sein Korn, spinnt seinen Flachs, baut seinen Tabak, man macht alles selbst, bleibt zu Haus und verkehrt mit Niemand. In solcher Wirthschaft giebt es keinen sozialen Commers, keinen Sozialismus und keine Demokratie. Am Ende des Jahres findet sich vielleicht etwas, was zuviel in der Haushaltung, was zuviel in der Haushaltung, was auf den Markt gebracht und gegen andern überflüssigen Trödel ausgetauscht wird. Und wie hier in der Haushaltung, so war es jüngst unter den Nationen. Der Handel beschränkte sich auf das Ueberflüssige und Ueberschüssige und rührte sich hauptsächlich an den Grenzen, wo Stämme und Natiönchen aneinanderstoßen.

Aus dieser Naturalwirthschaft sind wir mit vollen Segeln in die Geldwirthschaft eingelaufen, aus der Barbarei in die Civilisation. Doch ist die Civilisation oder Bourgeoiswirthschaft noch lange die Cultur nicht, sondern nur eine Etappe dazu. Der Zweck der Humanität fordert, daß der Mensch zur Arbeit seinen Verstand mitbringt, daß er die Arbeit suchte möglichst produktiv zu machen, daß sie mit wenig Mühe in kurzer Zeit viel leiste. Das Mittel dazu ist die soziale Verbrüderung, wo jedem eine spezielle Aufgabe zugewiesen, also die Arbeit getheilt ist. Es ist eine Verbrüderung, wenn die Holzarbeiter sich theilen in Zimmerleute, Stellmacher und Tischler, Letztere sich wieder theilen, so daß dieser Fabrikant nur Fenster, jener nur Thüren, ein Dritter nur Stühle fertigt; wo sich weiter die Stuhlmacher theilen ꝛc. ꝛc. Kurz, die wachsende Theilung ist in der That eine wachsende Verbrüderung der Arbeit. Immer weniger also können sich die Menschen ihre Produkte direkt erarbeiten, müssen zusehen, wie immer mehr ihr wirthschaftliches Leben durch den Taschenspieler Geld in eine unverständliche Heimlichkeit verwandelt wird. Im Dunkeln ist gut munkeln und im Trüben gut fischen, denkt der Bourgeois. Aber wir Sozialdemokraten haben ein Interesse daran, der Gaunerei aufzupassen und den Prozeß klar zu machen.

Wem ist zu danken, daß von der Naturalwirthschaft also die Menschen glücklich bis zur Geldwirthschaft gekommen? Wo sind die „genialen Staatsmänner", die den Gang frühzeitig begriffen und eingefädelt haben? Bisher war die Entwicklung ein roher, mechanischer Naturprozeß, welcher die Menschheit schob. Erst wenn die Sozialdemokraten an's Regiment kommen, wird Plan und Geist dazu gebracht. Erst das demokratische Verständniß, daß wirthschaftliche Verbrüderung die Grundbedingung aller Cultur ist, soll Hefe in die Bewegung setzen. Aber auch inzwischen noch geht der Teig voran. Schon sehen wir im internationalen Verkehr an Stelle der Geldwirthschaft ein Anderes treten, das von Tag zu Tag sich geltender macht. Es ist bekannt: wer sich ein Schiffchen Kaffee von Java kommen läßt, der zahlt seine Schuld nicht mit Mark und Pfennigen, auch nicht mit wirklichen, sondern nur mit nominellen holländischen Gulden und Cents. Er kauft sich ein Wechselchen. Amsterdam zieht auf London und London auf Amsterdam. Produkte im Werth von Millionen werden ausgetauscht, ohne daß deshalb ein Geldstückchen hin- und hergeht. Abstrakte Zahlen besorgen den Austausch der Lebensmittel. In Zukunft vertritt die Buchwirthschaft mehr und mehr die bisherige Funktion des Geldes. Wer allerdings den Blick nur auf das Nächste richtet und nicht das Talent hat, damit auszuschweifen, wird darin, daß verschiedene Conti's sich durch Zahlen ausgleichen, die Geld bedeuten, keine Abwendung von der Geldwirthschaft sehen. Er wird behaupten, daß immerhin Gold und Silber zum Ausgleich erfordert ist. Das allerdings, aber auch in immer kleinerem Maße. Der Produkten-Austausch zwischen Land und Land ist zehntausendmal größer, wie der Geldbetrag ist, welcher zur Saldirung der Bilanz hin- oder hergeschafft wird. Der nationalliberale Philosoph des Unbewußten, E. v. Hartmann, der kein sozialdemokratischer Zukunftsträumer sein will, sagt wörtlich: „Die freie Assoziation wird die Zukunft von selbst hervorbringen, wenn man auch noch nicht genau sagen kann, mit welchen Mitteln und Wegen. In dieser Phase wird die wirkliche Auszahlung von Geld durch die allgemeine Einführung der Buch-

wirthschaft ebenso überflüssig gemacht werden, als in der gegenwärtigen der Naturalientausch durch Geldwirthschaft überflüssig gemacht wird."

Es ist leicht erkennbar, daß die komplizirteste Wirthschaft total ohne Geld, durch einfache Buchung ausgeführt werden kann. Aber nicht zu leugnen ist anderseits, daß die Thaler, die Pfunde Sterling, die Franks und Dollars in den Geschäftsbüchern nicht nur abstrakte Zahlen sind, sondern auch reelles Gold hinter sich haben. Daß für die Waaren, welche Deutschland von Frankreich empfängt, andere Waaren den Austausch besorgen, ist wohl Thatsache, aber nicht Bedingung. Bedingung ist, daß der Käufer seinen Kauf mit Geld, d. h. mit Gold zahlt. Und dazu noch sind die Momente nicht rar, wo der Verkäufer so hartnäckig auf seiner Bedingung besteht, wie Shylok auf einem Pfund Menschenfleisch.

Wir sind also wieder angekommen bei dem Widerspruch, daß Geld eine Waare ist, wie jede andere, und zugleich auch eine Waare ist, wie keine andere. Gerade wie dem Pastor sein Gebäck, das schmeckt und riecht wie Gebackenes und ist es doch nicht. Wenn der Gang der Bourgeoiswirthschaft so ziemlich in Ordnung, dann ist Waare Geld und Geld ist Waare. Gegenwärtig aber kann man viel Waare haben, wofür kein Geld zu lösen, während Gold und Silber die einzige, von Allen gesuchte Waare ist. Dieses Geheimniß findet seine Auflösung in unserer heutigen schlechten wirthschaftlichen Verbrüderung. Gold und Silber sind nur so lange Geld, als in diesen Metallen der verherte Sozialismus steckt. Erlösen wir ihn, machen wir ihn flüssig durch eine planmäßige Organisation der gesammten Volkswirthschaft, dann werden die Eisenbahnschienen nicht mehr jahrelang unverkäuflich herumliegen. Wir werden planmäßig produziren. Alles wird allzeit gelten, alle Waaren werden Geld sein und das Gold wird seine geheimnißvolle Universal-Natur verlieren.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Das Blatt der preußischen Regierung, die „Provinzial-Correspondenz", bringt einen höchst merkwürdigen Satz über die Reichstagswahlen. Nachdem sie zuerst die bürgerliche Gesellschaft (Bourgeoisie) von dem Sozialismus bedroht sieht, nachdem sie die guten Elemente des deutschen Bürgerthums zum Kampfe gegen den Sozialismus aufgerufen, fährt sie folgendermaßen fort:

„Möge aber ferner der staatserhaltende Sinn und Geist der Mehrheit des Volkes sich auch darin bewähren, daß sie nicht blos die Sozialdemokraten zurückweisen, sondern ebenso sehr die vermeintlich „gemäßigten Demokraten" der Fortschrittspartei, welche ihren radikalen Genossen bewußt oder unbewußt die Wege bahnen und die „goldenen Brücken bauen". Wer dazu helfen will, die Gefahren der Zukunft zu beschwören, der wird alle seine Kräfte dafür einsetzen, die Zahl derjenigen Abgeordneten zu mehren, welche durch ihre Ueberzeugung und bisherige politische Haltung sichere Bürgschaft dafür geben, daß sie im Einvernehmen mit der Regierung des Kaisers dem Treiben der Volksverführer wirksam zu wehren entschlossen sind."

Die arme unschuldige Fortschrittspartei! Daß sich der Sozialismus aus den Verhältnissen nach und nach entwickelt hat, ist allerdings recht, an diesen Verhältnissen aber ist die Fortschrittspartei ebenso unschuldig als die conservative. Im Uebrigen sehen wir die „Strafgesetznovelle" aus den letzten Zeilen hervorleuchten — weiß aber das Blatt der preußischen Regierung nicht, daß die lebendige Strafgesetznovelle, Herr Tessendorf, durch seinen Eifer den Sozialismus gefördert hat? Druck erzeugt Gegendruck, und somit sehen wir der papiernen Strafgesetznovelle, die dem nächsten Reichstage sicher vorgelegt wird, mit Ruhe entgegen.

— Der preußische Finanzminister Camphausen, berühmt geworden durch sein bekanntes Recept, hat im Abgeordnetenhause am vorigen Dienstag eine Uebersicht über die Finanzverhältnisse gegeben, welche nicht sehr tröstlich für das Land klang. Von dem hochgeschraubten Tone früherer Finanzreden desselben Herrn wich diese letztere bedeutend ab. Der Schluß besonders aber klang höchst merkwürdig. „Wir wollen hoffen, daß es uns gelingen wird, die Einnahmen des Staates zum Wohle desselben verwenden" — also nur hoffen!

— Bei der Präsidentenwahl im preußischen Abgeordnetenhause sind die Fortschrittler vor den Nationalliberalen zu Kreuze gekrochen, damit aus ihren Reihen der erste Vicepräsident gewählt werde. Nach dieser Buße haben die Nationalliberalen nun auch den „gezähmten" Fortschrittler, den Abgeordneten Klotz zu diesem Posten gewählt. Die „Frankfurter Zeitung" spöttelt mit Recht über diesen Vorfall: „Der Fortschritt beginnt Buße zu thun ob seiner Wahlsünden, die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhause sieht ihn bereits auf dem Wege nach Canossa, auf dem er die Gnade der Nationalliberalen wieder erhalten soll. Wie der „kranke Mann" im Osten wurde der durch die Reichstagswahlen hart auf den Sand gesetzte Fortschritt mit einem Ultimatum seitens des Nationalliberalismus bedacht; die „regierte" Partei wird eine regierende und schreibt ihre Bedingungen vor. Diese lauten kurz: Die Heißsporne des fortschrittlichen Centralwahlcomités hinter die Front, wo sie Urfehde zu schwören haben: der rechte Flügel nimmt die Führung, übt die Polizeiaufsicht über die Richter, Parisius und Genossen und dafür erhält die Fraktion einen Präsidialsitz für eines ihrer Mitglieder, das aber nicht hinter der Front hervorgeholt werden, also nicht Hänel heißen darf. So das Ultimatum und die Fortschrittler sind keine Türken. Herr Hänel erklärt sich bereit, das Opfer zu bringen und zu sein, Herr Klotz, der den Wahlfeldzug nur im Train mitgemacht, wird den Nationalen präsentirt und von ihnen präkonisirt, die Presse aber stimmt den alten Canon von der großen liberalen Partei, von der Gemeinsamkeit ihres Ursprungs und die Solidarität ihrer Interessen an." — Wir sagten schon längst vor der Reichstagswahl in einem Leitartikel „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!"

— Wie äußerst mangelhaft die Wahllisten bei den Reichstagswahlen hergestellt sind, beweist der Umstand, daß in Berlin der Staatsminister a. D. Delbrück, in Hamburg der preußische Gesandte und der so sehr bekannte Direktor des Stadttheaters, Herr Pollini, in den Listen fehlten und ihres Wahlrechts verloren gingen. Wenn so etwas aber auf den Höhen der Gesellschaft zu finden ist, wie mag es da erst in den Tiefen aussehen.

— Das wüste Geschrei nach Reaktion ist bis in die fortschrittlichen Kreise gedrungen. Selbst die „Vossische Zeitung", welche gemeiniglich neben einem gewissen Anstand auch noch ein gewisses Maß von Freiheitsliebe besitzt, deutet auf eine Beschränkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts hin. Sie ist nämlich sehr betroffen von unseren Wahlerfolgen in Berlin und sagt: „Die Sozialdemokraten werden durch eine augenblickliche Conjunktur begünstigt und haben sie auszubeuten verstanden. Daß ihnen die Fortschrittspartei am ersten zum Opfer fällt, ist erklärlich, denn diese hat in den großen Städten den meisten Anhalt und dort finden auch die Sozialdemokraten die größte Menge unzufriedener Arbeiter, die sie in die Wahlschlacht führen können. Wie gut aber die Sozialdemokraten zu operiren und das freie Wahlrecht für sich zu benutzen verstehen, beweisen sie, indem sie sich die sächsischen Fabrikdistrikte, wie die schlechten Agrarverhältnisse in anderen Landestheilen zu unterwerfen wissen. Wenn sich die politischen Parteien nicht der Schwäche schuldig machen wollen, sich hinter ein beengendes Wahlrecht zurückzuziehen, so müssen sie sich eben rühren und im Gebrauch des allgemeinen Wahlrechtes üben." — Schüchtern und verschämt allerdings ist diese Sprache, aber es tönt daraus der Wunsch hervor: „Wenn die besitzenden Klassen nicht mehr in der Lage sind, bei dem allgemeinen gleichen Wahlrecht die Gesetzgebung zu beherrschen, dann muß eben dieses Wahlrecht beschränkt werden." Reaktion also überall!

— Fromme Wünsche. Die preußischen Kreisbehörden haben an die Ortsbehörden die Aufforderung erlassen, bezüglich der am 10. Januar stattgehabten Listen Erhebungen über Richtung und Zahl der religiösen Confessionen anzustellen. Daran knüpft die „Vossische Zeitung" den frommen Wunsch, lieber festzustellen, wie viele von den verschiedenen Ständen und Kategorien ihr Wahlrecht ausgeübt, und wie viele freiwillig darauf verzichtet haben. Dagegen haben wir schwere Bedenken: wir meinen, sieht man es einem abgegebenen liberalen oder sonstigen Wahlzettel nicht an, ob er freiwillig in die Urne gelangte, so dürfte es noch viel schwieriger sein, zu constatiren, wie viele freiwillig sich der Stimmabgabe enthalten haben. Uns wäre es noch bei Weitem interessanter, die Zahl der durch allerlei Druck für „kapital"-liberale Abgeordnete von den ökonomisch unfreien Wahlberechtigten erzwungenen Stimmen zu erfahren, da würden sicher ganz merkwürdige Aufklärungen herauskommen über die Rezepte, wie man volksfeindliche Abgeordnete „macht"! Wir unseres Theils werden eifrig bemüht sein, alle derartigen Betrügereien und Gewaltstreiche in gebührender Weise an den Pranger zu stellen, damit das Volk inne werde, wer seine Rechte wahrt und wer sie mit Füßen tritt. Und wahrlich, sie haben ein hübsches Arsenal von Anlockungs- und Abschreckungsmitteln, von denen die Herren Gegner auch in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht haben. Da haben wir den unteren Beamten gegenüber allerlei Denunziation, den Arbeitern gegenüber Entlassung aus der Arbeit, den Handwerkern Entziehung der Kundschaft; an Verlockungen, Schenkungen und Begünstigungen von der rohsten Art in Gestalt von Bier, Wein ꝛc. bis hinauf zu der feinsten, intriguantesten Zuwendung von Vortheilen, oft so fein, daß sie eben noch an der Klippe des Strafgesetzbuches vorbei laviren. Das wäre uns eine wirklich wünschenswerthe Erhebung, und das Volk könnte zu seinem Nutz und Frommen gar manches daraus lernen für jetzt und die Folgezeit.

— Die reaktionäre Werbetrommel wird in allen Zeitungen der Liberalen und sonstiger Sozialistenfresser, in den Lagern der Börsenjobber, Fabrikanten und anderer Gruppen, die sich bei den bestehenden Verhältnissen auf Volkskosten wohl befinden, geschlagen zum neuen Streit gegen die „Umsturzpartei", die so freventlich begehrt, statt ungerechter, unnatürlicher Verhältnisse große Neugestaltungen zum Besten Aller anzubahnen. Wir fürchten uns nicht, nur heran, ihr Herren, auch gegen Eure geeinte Macht fürchten wir uns nicht. Wir haben von je und je gewußt, daß wir auf unsere eigenen Mittel angewiesen sind im Kampfe für die Rechte des Volkes. Durch Euer Zusammenschließen wird nur die Situation klarer, der Kriegsschauplatz übersichtlicher! Das Uebrige thut zu unseren Gunsten zum Theil Ihr selbst mit unseliger volksfeindlicher Gesetzgeberei, mit Eurer ganzen Art und Weise des Kampfes, der allen Begriffen von Recht und Gerechtigkeit, von Wahrheit und Menschenliebe widerspricht!

Und Ihr, Parteigenossen, ruht und rastet nicht, bis die alte Schlange der Lüge, der Gewalt, der Ungerechtigkeit erliegt, bis die Gegner in ohnmächtiger Wuth vergeblich an den Säulen des wirklichen Rechtsstaats rütteln, wie jetzt an dem von uns gelegten Grundstein!

— In Mainz haben die Liberalen am 11. Januar geflaggt auch befanden sich an den öffentlichen Gebäuden Fahnen über den Sieg des „Demokraten" Oechsner vor. Beschämt hat man die Fahnen wieder einziehen müssen, da erst eine Stichwahl über die Herren Oechsner und Moufang entscheidet.

— Zum Preßpiratenthum. Wenn zwei alte Freunde in Streit gerathen, so plaudern sie ihre gegenseitigen Fehltritte aus. So sagt die Leipziger „Deutsche Allgemeine Zeitung" über die Fortschrittler: „Man taxirt eine Partei wesentlich mit nach ihren Preßorganen und eine Zeitung nach ihren Redakteuren. Wenn eine solche den Mund so voll nimmt von „Gesinnungstüchtigkeit", wie das erklärte Organ der hiesigen Fortschrittspartei, die „Leipziger Volkszeitung", so müssen auch ihre Redakteure in dieser Beziehung stich- und schußfest sein. Nun liegt vor uns ein Circular (datirt: Leipzig, Herbst 1876), worin den Zeitungen eine „Deutsche Universal-Correspondenz" angeboten wird, welche (wir citiren wörtlich) „in der Lage ist, ihre politischen und wirthschaftlichen Artikel „entschieden oder gemäßigt freisinnig, mehr oder weniger conservativ, und ganz objektiv, ohne alle Tendenz" zu liefern" — „je nach der Farbe der einzelnen Blätter" — heißt es an anderer Stelle. Dieses Circular ist unterzeichnet: Arnold Perls, Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung", Wilhelm Busch, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung." — Eine schöne Literaten-Gesellschaft, die sich aber unter den Nationalliberalen in noch größerer Anzahl befindet.

— Das Reichs-Oberhandelsgericht hatte, wie die „Carlsruher Zeitung" berichtet, jüngst in einem Gründerprozeß zu verhandeln, wobei recht klar hervortrat, wie schamlos das Publikum ausgebeutet worden ist. Fünf Firmen vereinigten sich zur Erbauung einer Eisenbahn, reichten bei den betr. Regierungen ein Exposé ein, worin die Anlagekosten auf 9,000,000 M. veranschlagt waren und erhielten darauf die Staatsgenehmigung. Nunmehr vereinigten sie sich zu einer Aktiengesellschaft und erklärten, das ganze Kapital sei eingezahlt, während sie nichts gethan hatten, als daß jede Gründerfirma sich mit ihrer Rate in ihren Büchern belastete. Darauf schlossen dieselben mit einer Baugesellschaft den Vertrag, daß diese 20 pCt. unter dem absichtlich sehr hoch gehaltenen Anschlag den Bau

## Herr v. Puttkammer.

(Fortsetzung.)

Bedarf diese Art Exploration irgend eines Commentars? Kann sie überhaupt durch eine gesetzliche Bestimmung gerechtfertigt werden? Weder der Stabsarzt noch der Professor haben Puttkammer je gesehen, Beide erklären ihn für verrückt, ganz wie Herr Friedel, der Wunderdoktor, es — vorausgesehen! Hätten wir nicht ein amtliches Aktenstück, das Faktum schwarz auf weiß vor uns, wir würden eine solche wissenschaftliche Heldenthat, wie sie hier vorliegt, für unmöglich halten.

„Inzwischen hatte sich aus den vielfachen Wahrnehmungen, welche der Kreisrichter Friedel zu Köpenick über das Auftreten des v. Puttkammer vor Gericht und seine Correspondenzen an die verschiedensten Behörden, welche mehr und mehr einen drohenden Charakter annahmen, gemacht hatte, bei demselben die Ueberzeugung befestigt, daß v. Puttkammer an unheilbarem Größen-, Verfolgungs- und Querulantenwahnsinn leide und daß derselbe sich als gemeingefährlich darstelle."

Was dieser Herr Friedel für einen merkwürdigen Scharfblick besaß!

„In einer Zusammenstellung vom 7. März 1871 (die erwähnte 10 Bogen lange) hatte er ausführlich die ihm bekannten Momente dargestellt und seine Auffassung näher begründet und demnächst ein Attest des Stabsarztes Dr. Rieck erfordert, welcher aus den ihm bekannten Schriftstücken sich dahin aussprach, „daß der Rittmeister a. D. v. Puttkammer an Querulanten- und Verfolgungswahn leide, die Gemeingefährlichkeit der Angriffe evident (?) und eine Untersuchung des Gemüthszustandes desselben dringend geboten sei."

Nicht wahr, es ist wunderbar, wie merkwürdig scharf dieser Kreisrichter Friedel blickte! Wozu verlangte denn Dr. Rieck noch eine Untersuchung? Er hat sich wohl nur falsch ausgedrückt und die amtliche Blödsinnigkeitserklärung, wie sie wohl seinem Freunde Friedel vorschwebte, gewünscht. Warum zögerte Herr Rieck wohl mit seinem Atteste, bis die wissenschaftliche Autorität Liman sich geäußert? Hatte er Zweifel? Schämte er sich?

Auf Grund seines Attestes vom 13. März 1871 wurde bereits am 14. März 1871 als interimistischer Curator der Hauswirth Friedel's, der Kaufmann Liese, eingesetzt und gegen v. Puttkammer richtig das Blödsinnigkeitsverfahren eingeleitet. Die Kreisgerichtscommission Köpenick, d. h. Herr Friedel wieder, wurde mit der Ausführung der betreffenden Gerichtsbeschlüsse beauftragt und die Bestellung eines fiskalischen Anwalts vorbehalten. Nach der Prozeßordnung Tit. 38 § 4 muß einem solchen Verfahren immer ein Antrag eines fiskalischen Anwalts vorausgehen, so bleibt uns dieser Gerichtsbeschluß etwas unverständlich.

„Der Curator Liese beantragte nach seiner Verpflichtung mit Rücksicht darauf, daß v. Puttkammer in Beziehung auf die bevorstehende Kaiserkrönung Drohungen ausgestoßen habe, und um wo möglich durch entsprechende Behandlung Heilung herbeizuführen, die Unterbringung desselben in eine Irrenanstalt zu bewirken."

Was für Drohungen hatte v. Puttkammer ausgestoßen und vor wem? Darüber schweigt das Erkenntniß. Wie kam nun aber der interimistische Curator ad hoc processum, der noch nicht das geringste legale Fundament dazu besaß, zu solchen Anträgen? Herr Friedel, der die Ernennung des Herrn Liese, wie man uns mittheilt, in Vorschlag gebracht, hatte einen trefflichen Curator gefunden, was bei seinem uns nachgerade kaum noch wunderbaren Scharfsinn kaum noch befremden darf. — Herr v. Puttkammer hatte ja auch Familie!!!

„Zugleich wurde unterm 17. März 1871 zum Zwecke der Sicherstellung seines Vermögens das königliche Kriegsministerium ersucht, die fälligen Pensionsraten zur Asservation des Gerichts behufs Verwendung für den Provokaten einzusenden."

Also Brachlegung der Familie! Sie ergiebt sich mit Nothwendigkeit aus dieser Maßregel. Auf welche Gesetzesstelle stützte man sich hierbei wohl? Wir wissen keine, ein Prozeß schwebte ja noch gar nicht. Dr. Rieck machte am 24. März einen neuen Versuch, v. Puttkammer in seiner Wohnung zu sprechen, wurde aber angeblich abgewiesen. v. Puttkammer weiß von diesem Besuche nichts. Durch Herrn Friedel's Bemühungen war er bereits am 6. März aus seiner alten Wohnung exmittirt worden, und zwar wieder durch die Gerichts-Commission Köpenick, deren Chef bekanntlich Herr Friedel war. An demselben Tage zeigte v. Puttkammer dem Gerichte an, daß seine Wohnung Berlin, Mittelstraße 5, sei.

„Das königliche Kreisgericht machte hierauf dem königlichen Landrathsamte unterm 24. März 1871 von der Einleitung des Blödsinnigkeitsverfahrens mit dem Anheimgeben Mittheilung, im „landespolizeilichen Interesse" die Ueberführung nach der Charité zu veranlassen."

Da Herr v. Puttkammer doch immer noch seine Familie hatte, suchen wir auch hier vergeblich nach einer gesetzlichen Begründung.

Bereits unterm 22. März 1871 hatte der zum fiskalischen Anwalte bestellte Rechtsanwalt Stubenrauch eine Provokation gefertigt, in welcher er in Beziehung auf die Details im Wesentlichen auf die Mittheilungen des Kreisrichters Friedel nebst den Beilagen Bezug nimmt und den Dr. Rieck als Sachverständigen vorschlägt, während der Curator auf den Professor Dr. Westphal sich berufen hatte."

Es kommt hier wesentlich darauf an, wann die Klage des Rechtsanwalts Stubenrauch dem Gerichte präsentirt und wann sie dem Provokaten behändigt worden ist, ob vor oder nach dem 24. März. Auffallend finden wir hier, daß der fiskalische Anwalt Sachverständige vorschlagen darf.

Inzwischen wurde aus Untersuchungsakten des Kreisgerichts Berlin auch noch ein neuerdings abgefaßter Drohbrief bekannt, in welchem er sich über die Nichtanerkennung seiner ihm verkümmerten Rechte seiner militärischen Stellung beklagt und dabei sagt:

„Da ich seit 10 Jahren vergeblich darum gebeten habe, so muß ich grobe Keile anwenden, um zu treiben.

„Diese stehen mir glücklicherweise mehrfach und in großer Schwere und Schärfe zur Verfügung. Sehe ich, daß ich in Güte nicht zum Ziele komme, so werde ich mit mächtigen Hieben sie antreiben, so daß Deutschland, ja Europa erdröhnen möchten und der Eclat ein großartiger sein müßte! Indeß eben dazu kann man es nicht gut kommen lassen! Geht man nun aber irgendwie gegen mich vor, wie hier anscheinend, so muß ich am Ende mein Werk beginnen und dann ist kein Halten mehr. — Ich trete über so haarsträubende Dinge die Beweise der Wahrheit an und werfe deren Aufdeckung damit ins Publikum, daß nicht blos Herr v. Roon, sondern noch andere Männer von hohem Rang ruinirt sind."

Es muß hier zunächst in hohem Maße befremden, daß das Erkenntniß aus einem Briefe einzelne Stellen herausreißt. Jedenfalls wäre zur Charakteristik v. Puttkammer's, die durch Mittheilung der obigen Briefstellen doch beabsichtigt wird, die

herstelle und erst je nach Vorrücken des Baues von ihnen Zahlung erhalte. Die Gründer aber brachten die vollen 9 Mill. Mark Aktien auf den Markt zum Paricurse, gewannen also die 20 pCt. — etwa 1,200,000 Mk. — und die Zinsen der noch nicht bezahlten Baukosten. Natürlich hatte die Baugesellschaft für ihre Gefälligkeit einen absonderlich großen Nutzen und daran participirten nochmals die Gründer, welche jene Baugesellschaft bildeten. Man kann wohl sagen, daß auf diese Art die Eisenbahn 2,400,000 bis 3,000,000 Mk. zu theuer war, und die natürliche Folge war, daß dieselbe zu Grunde ging und die Aktionäre ihr ganzes Geld verloren. — Wir wären der „Carlsruher Zeitung" für obige Mittheilungen sehr dankbar, wenn sie auch die Namen der Gründer angegeben hätte; denn daß das Volk an allen Ecken und Enden betrogen und bestohlen wird, ist schließlich weltbekannt geworden, weniger bekannt aber sind die Volksbetrüger und Diebe. Also die Namen, die Namen!

— O, welche Lust, Soldat zu sein! Das „Mannheimer Tageblatt" veröffentlicht unterm 10. Januar folgendes Eingesandt: „Mannheim, 5. Januar 1877. Wer heute an der Fettviehhalle vorüberging, konnte Zeuge sein, wie ein jugendlicher Sekondelieutenant ganz ungenirt vor allen Zuschauern die Soldaten mit der flachen Klinge prügelte. Es waren fünf Mann, welche in voller Feldausrüstung, wahrscheinlich zur Strafe, hier exerciren mußten, und so oft sie dabei in die Nähe des Herrn Lieutenants kamen, zog dieser seine Klinge und hieb wie wüthend auf sie ein. Der bei dieser Abtheilung fungirende Unteroffizier leistete im Stoßen und Boren der betreffenden Soldaten sehr Erkleckliches. Es ist kein Wunder, wenn durch solche Behandlung jungen Männern entweder alles Ehrgefühl genommen oder solche zum Selbstmord getrieben werden." — Dazu fügt das „Mannheimer Tageblatt" hinzu: „Wir haben keinen Anstand genommen, diese Einsendung zu veröffentlichen, nachdem uns die darin enthaltenen Thatsachen durch mehrere Zeugen bestätigt worden sind".

In demselben Blatte lesen wir: „Ein Rekrut der 10. Compagnie des hiesigen Leibgrenadier-Regiments — Joh. Ph. Keäner von Mistenfelden — legte sich heute früh zwischen 5 und 6 Uhr in selbstmörderischer Absicht bei der hiesigen Rheinbrücke auf die Schienen und wurde durch den heranbrausenden Zug sofort getödtet".

— Arbeiter-Entlassungen. Aus Steyr schreibt man unterm 6. d. M.: In der Werndl'schen Waffenfabrik werden in der nächsten Zeit gegen 2000 Arbeiter entlassen werden, da die gegenwärtige Arbeiterzahl, momentan wenigstens, nicht genügende Verwendung findet. Um jedoch diese Maßregel für die Betreffenden so wenig als möglich fühlbar zu machen, hat die Fabrik-Direktion es jedem Arbeiter anheimgestellt, freiwillig auszutreten, und denen, welche von diesem Antrage Gebrauch machen, eine Reise-Auslagen-Vergütung bis zu 30 Meilen und einen Zehrungsbeitrag von je 5 fl. zugesichert. Sollte sich binnen einer bestimmten Frist nicht die genügende Anzahl freiwillig Austretender gemeldet haben, so finden die Entlassungen der Ueberflüssigen ohne Reise- und Zehrgeld statt. Man hofft durch diesen Vorgang der Nothwendigkeit einer sonst durch die Zeitumstände gebotenen und für so Viele gewiß empfindlichen Maßregel enthoben zu werden. — Wenn die Waffenfabriken feiern müssen, so ist das nicht etwa ein Vorzeichen für den Frieden, im Gegentheil beweist dieser Umstand, daß zum Losschlagen alles fix und fertig ist. Unser „glückliches" Deutschland hat schon vor längerer Zeit seine Waffenfabrikation einschränken müssen, da es bewaffnet ist bis an die Zähne; nun scheint auch Oesterreich soweit zu sein. Wahrlich wir leben in einem glorreichen Jahrhundert.

— Liberale Wahlagitation. Aus Pforzheim wird uns mitgetheilt, daß Angehörige der dort hausenden nationalliberalen Partei den leichtgläubigen Bauern aus Huchenfeld Wahlzettel für den liberalen Candidaten Jolly in's Haus tragen ließen, mit dem Bemerken, diesen Zettel müßten die Bauern bringen, dann bekämen sie Streu. Schöne Illustration des gleichen freien Wahlrechtes! Daß diese elende Intrigue von Erfolg war, beweist der Umstand, daß unser Candidat statt früher 80 Stimmen diesmal 12 bekam. Auch hörten wir, daß dem reichstreu wählenden Bauern am Sonntag vor dem Wahltage „Wahlwein" zum Besten gegeben worden sei.

— Infamie der schweizerischen Regierung. Der „Vossischen Zeitung" entnehmen wir folgende Notiz: „Das Fräulein Dombrowska, welches bekanntlich ein Attentat auf den russischen Gesandten in der Schweiz ausgeübt hat, ist an Rußland ausgeliefert worden. Die Nachricht von ihrer bevorstehenden Auslieferung soll sie in grenzenlose Verzweiflung versetzt haben. Sie flehte, sie überall, nach Frankreich, Belgien, England oder irgendwo anders hin, nur nicht nach Rußland zu senden. Allseitig erfährt das Verhalten Berns in der Frage die entschiedenste Verurtheilung. Man sagt, wenn die Unglückliche wirklich geisteskrank ist, so ist sie es durch haarsträubende Rechtsbeugungen geworden, so dürfe sie auf den Schutz Anspruch erheben, den alle politischen Verbrecher genießen. Bern hätte die Kosten ihrer Verpflegung im Irrenhause anstandshalber bezahlen müssen. Das Buch, welches die Dombrowska hier veröffentlichte: „Un des crimes du gouvernement russe" hat eine sehr starke Verbreitung gefunden. Sein Inhalt ist von keiner Seite widerlegt worden.

— Die sozialistische Presse der Schweiz. „Tagwacht" und „Grütlianer" haben gegenwärtig etwa 10,000 Abonnenten, was auf 50,000 Leser schließen läßt, in Genf giebt seit Anfang dieses Jahres Joh. Phil. Becker „Le précurseur" heraus, der die Arbeiter der französischen Sprachgruppe mit den Bestrebungen des schweizerischen Arbeiterbundes bekannt machen und sie für dieselben gewinnen soll, die Arbeiter im Kanton Glarus haben den „Freien Glarner" zum Parteiorgan gemacht und die Aargauer das „Wochenblatt". In Bern ist die „Arbeiterzeitung" Organ der deutschen Jurassier, die Föderation besitzt außerdem ein französisch geschriebenes Blatt. Der „Pädagogische Beobachter", ein mit dem „Landboten" bisher verbundenes sozialdemokratisches Schulblatt, das sich einer trefflichen Redaktion erfreut, ist seit dem 1. Januar ein selbständiges Blatt geworden. In den Kreis der sozialdemokratischen Blätter dürfen wir auch wohl den „Landboten" selbst einreihen. Wenn er auch kein ausgesprochen sozialistisches Programm besitzt, so hat er doch in allen Fragen, welche die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen betraf, in bahnbrechender Weise Stellung genommen. Wir wollen nun den Abonnentenkreis der genannten Blätter auf ca. 20,000 veranschlagen und gelangen dann zu einem Leserkreis von circa 100,000 — ein Resultat, auf das die schweizerische Sozialdemokratie mit berechtigtem Stolze zurückblicken darf. Bei einem solchen Aufschwunge scheint uns die Zeit nicht so fern zu sein, in der die Sozialdemokratie einen wesentlichen Einfluß auf die Bundesgesetzbung ausüben wird. Für Familienunterhaltung sorgt die „Neue Welt", welche an die Schweiz eine bedeutende Anzahl Exemplare abgiebt.

— Bei der russischen Hauptarmee sieht es sehr lustig aus. 500 Offiziere haben sich beim Großfürsten Nikolai, dessen Krankheit von einer auf ihn abgefeuerten russischen Kugel herrührt, zur Audienz gemeldet und dort die Bitte ausgesprochen, entweder Krieg zu führen oder die Armee in die Winterquartiere zu legen. Der Großfürst drohte, die Offiziere erschießen zu lassen, worauf der Sprecher erwiederte, daß der sofortige Tod ihnen lieber sei, als die verzehrenden Unbilden des jetzigen Lagerlebens. Jetzt merkt man auch die Ursache der plötzlichen Friedensliebe unseres Erbfreundes.

— Feldmarschall von Manteuffel, persona gratissima am preußischen Hofe will in russische Dienste treten. Er wird wahrlich auch nicht im Stande sein, russische Rubel aus der Erde zu stampfen und eine Fuselquelle für die Armee zu entdecken.

— Obgleich wir mit dem verstorbenen Würkert nicht ganz auf demselben Standpunkt stehen, so wollen wir auf Wunsch nachfolgenden Aufruf doch veröffentlichen, da Würkert für die Freiheit und das Volkswohl schwer gelitten hat:

„Aufruf. Am 10. Januar war es ein Jahr, daß unser unvergeßlicher Ludwig Würkert gestorben. Das Andenken eines solchen Mannes muß von allen freidenkenden und wahrheitsliebenden Menschen in Ehren gehalten werden. Obwohl er sich selbst in vielen Herzen das schönste Denkmal gesetzt hat, so ziert doch sein Grab auf dem Friedhofe zu Leisnig noch kein solches. Unglückliche Verhältnisse, welche die hinterbliebene Gattin des theuren Verblichenen leider getroffen haben, sind daran schuld; ein Umstand, der von allen Freunden Würkert's auf's Tiefste beklagt wird. Die in Leisnig lebenden Freunde haben daher beschlossen, aus ihren Mitteln ein würdiges Grabdenkmal für unsern Würkert herstellen zu lassen. Zu diesem Behufe hat sich bereits ein Comité gebildet, welches bereit ist, auch Geldbeiträge von allen auswärtigen Verehrern des Dahingeschiedenen entgegenzunehmen. Wer das verdienstvolle Wirken Würkert's gekannt hat und zu würdigen weiß, der wird gewiß nicht verfehlen, sein Scherflein für ein würdiges Grabdenkmal beizusteuern. Freunde und Förderer der Aufklärung und freien Volksbildung! Wir haben die Pflicht, ein beredtes Zeichen der Dankbarkeit, Verehrung und Liebe für einen Mann zu geben, der sein ganzes Leben lang ein echter Menschenfreund und Wohlthäter war, der unerschütterlich für Aufklärung, Recht und Freiheit gekämpft und gelitten hat. Wir müssen ihm ein Grabdenkmal setzen, damit die Feinde der Aufklärung und Freiheit sehen, daß man seine Verdienste zu würdigen und zu ehren weiß. Darum steure Jeder nach Möglichkeit bei; Keiner, der Sinn für die höchsten und heiligsten Güter der Menschheit, für Licht, Recht und Freiheit hat, bleibe zurück! Jede Gabe, auch die Kleinste, ist willkommen! Beiträge wolle man gütigst an Herrn Rechtsanwalt Dr. Ficker in Leisnig (Königr. Sachsen) senden, welcher seinerzeit öffentlich darüber quittiren wird. — Die Redaktionen aller freisinnigen Blätter werden gebeten, diesen Aufruf nachzudrucken."

— Der erste Vorsitzende des Bundes der Tischler und Berufsgenossen, Ferdinand Weidemann, wurde am Sonntag den 7. Januar in Crefeld angeblich wegen Majestätsbeleidigung verhaftet und am Montag den 8. Januar nach Düsseldorf transportirt.

## Correspondenzen.

**Hamburg.** (Die Schlacht am Großneumarkt.) Am Tage der Wahl war hierselbst ein, wenn auch reges Leben und Treiben, dennoch aber überall die musterhafteste Ordnung vorherrschend. Während Hunderte von Equipagen der Anhänger Möring's und Bauer's den letzten Wähler zur Wahlurne schleppten und durch Drohungen von Kundschaftentziehung u. s. w. kleine Handwerker oder Händler gegen bessere Ueberzeugung gezwungen wurden, für die ihnen unsympathischen Candidaten der Börsianer oder Zopfianer ihre Stimmen abzugeben, — gingen die Mitglieder der Arbeiterpartei ruhig der Wahlagitation ihrerseits nach, und sie hat das erhebende Bewußtsein, daß wer für ihre Candidaten seine Stimme abgab, dieses aus vollster Ueberzeugung, nicht aber deshalb that, weil ihn sein Hauswirth einschüchterte oder er sich irgendwie andern persönlichen Vortheil aus seiner Stimmenabgabe versprach. Schon an der musterhaften Haltung der Plakatträger der Arbeiterpartei und ihrem anständigen Aussehen gegenüber den Agitatoren der Bauerianer, konnte man ersehen, daß die Arbeiter sich voll bewußt waren, daß die Reichstagswahl ein politischer Akt, zu welchem man mit der größten Ruhe schreitet, und daß Jedem der Gedanke an irgend welchen „Exzeß" völlig fern war. Das Arbeiter-Wahlcomité hatte zur Verkündigung des Wahlresultats zwei Versammlungen anberaumt und war für den ersten Wahlkreis als Mittelpunkt das „Englische Tivoli" und für den zweiten Wahlkreis „Klett's Gesellschaftsgarten" gewählt worden. Die Neugier, das Resultat der Wahlen zu erfahren, ist eine zu natürliche, und so hatten sich denn Tausende an den betreffenden Orten eingefunden. Da die Versammlungen der Behörde angemeldet waren und ein starker Andrang des Publikums vorauszusehen war, so hatte man starke Abtheilungen Constabler commandirt, um die Passage der Werftstraße z. B. freizuhalten. Am Sedanfeste oder bei anderen Gelegenheiten, welche eine starke Ansammlung des Publikums herbeiführen, besteht die höchst vernünftige Anordnung, für eine gewisse Zeit den Wagen- und Omnibusverkehr zu verlegen. Wäre dies für eine oder zwei Stunden in der Werftstraße geschehen, das Publikum wäre ruhig des Weges gegangen und nach Bekanntwerden des Wahlresultates hätte sich die wirklich harmlose Menge zerstreut. Die Constabler aber gingen mit gezogenem Säbel vor jedem Omnibus einher, mit Gewalt durch die in der engen Straße sich mühsam bewegenden Gruppen Bahn brechend. Bald wurde die Werftstraße an beiden Endpunkten ganz für das Publikum gesperrt und dadurch die Verwirrung noch gesteigert. Bei „Klett's Gesellschaftsgarten" ging es verhältnißmäßig ruhig ab; auf dem Großneumarkt jedoch entstand eine förmliche Schlacht. Die Constabler verfolgten die Fliehenden mit gezückter Waffe bis in die Schlachter- und Marktstraße, verwundeten viele Leute (sogar Frauen) und fuchtelten in den benachbarten Straßen Bürgern, die ruhig vor ihrer Hausthür standen, mit dem Säbel vor der Nase herum. Auch auf St. Georg, wo im Versammlungslokal durch den starken Andrang die Veranda und das Entree beschädigt wurden, sahen sich plötzlich die Herren Wächter der Ordnung zu gewaltsamem Einschreiten veranlaßt. Es liegen uns über diese Vorfälle viele Klagen vor und zumeist von Leuten, die gar nicht zur sozialdemokratischen Partei gehören. Man frage nur einen Bewohner des Großneumarktes und der Umgegend, welches Urtheil man über das Einschreiten der Ordnungswächter zu hören bekommt. Die Ansammlung auf dem Großneumarkt war nicht ärger als bei schönem Wetter zur Domzeit, und hätte man das Publikum frei cirkuliren und die Constabler bei Muttern gelassen, so wären weder Verhaftungen noch Verwundungen vorgekommen. — Wenn nun trotzdem wiederum die Blätter wie „Correspondent", „Reform" 2c. versuchen, den Sozialdemokraten die Schuld an den beklagenswerthen Vorfällen beizumessen, so ist das die alte Taktik der Verleumdung, welche man von jener Seite schon gewohnt ist, wogegen wir jedoch auch dieses Mal wieder protestiren müssen. Wohl standen manchem Arbeiter die Thränen in den Augen, als er vernahm, daß wieder über alle Mühen und Opfer die brutale Macht des Kapitals den Sieg, wahrscheinlich den letzten, davon getragen, aber Keiner dachte auch nur im Entferntesten daran, irgend welchen Tumult zu erzeugen! Und wahrscheinlich wird der „Correspondent" den Beweis für seine Behauptung schuldig bleiben, daß Personen insultirt wurden, „von denen man vermuthete", daß sie gegen die sozialdemokratischen Candidaten gestimmt hätten. Wer die Haltung der Arbeiter am Wahltage beobachtet, der kann ihnen gewiß, welcher Partei er angehöre, seine Achtung nicht versagen. Wenn man aber die heruntergekommenen Gestalten der Bauer'schen und Möring'schen Plakatträger beobachtete, auf welche ihre Auftraggeber gerade nicht Ursache hatten, stolz zu sein, so liegt der Gedanke sehr nahe, daß sie nach vollendetem Tagewerke noch zu anderen Dingen sich gebrauchen ließen. Jedenfalls aber kann die Hamburger Sozialdemokratie mit allem Fug und Recht jede Beschuldigung, daß sie die vorgefallenen Verhaftungen und Verwundungen verschuldet, in das Reich der Lüge und Verleumdung zurückweisen!

**Leipzig,** 11. Januar. Ueber die Art, wie gegnerische Blätter Berichte zusammenlügen, davon liefert die „Dresdener Zeitung" ein Beispiel, das durch Abdruck im geistesverwandten „Leipziger Tageblatt" weitergetragen, die bekannte Rundreise durch die nationalliberale Presse machen wird. Der Bericht lautet:

„Dresden, 9. Januar. Im Diana-Saale am Jagdweg sprach am Montag Abend der sozialistische Candidat für Altstadt-Dresden, Drechslermeister August Bebel, gegen das Kapital,

---

vollständige Wiedergabe am Platze gewesen. Im Uebrigen erscheint es uns auch mehr als fraglich, ob hier ein Drohbrief vorliegt. Ueber „so haarsträubende Dinge" will v. Puttkammer „die Beweise der Wahrheit" antreten, und zwar auf dem Wege der Presse. Liegt darin eine Drohung? Schlimmstenfalls wäre die Drohung doch nur als ein Akt der Nothwehr zu betrachten. Vor dem Eclat, der durch seine Veröffentlichungen entstehen mußte, schreckt er zurück, nur wenn man den Versuch, ihn mundtodt zu machen, fortsetzen will, dann gedenkt er zum letzten Mittel zu greifen, seine Sache vor das Forum der Oeffentlichkeit zu bringen.

Ferner sagt er:

„Die Kriegsgerichte gegen den Herrn Kriegsminister und andere hohe Offiziere und Beamte wurden seit langer Zeit hintertrieben.

„Se. Maj. der Kaiser, von mir wiederholt mit Entschiedenheit angegangen, als er nur noch König von Preußen war, gemäß § 103, Thl. II. des Mil.-Strfg. Allerhöchste Befehle zu erlassen, hat auf meine dringenden Denunziationen Nichts erfolgen lassen. Nunmehr habe ich daher wegen Justizverweigerung Beschwerde erhoben beim Bundesrathe des deutschen Reichs und event. werde ich die Angelegenheit vor den Reichstag bringen."

Sodann:

„Das Bundeskanzleramt werde bestätigen müssen, daß seine strafgerichtlichen Verfolgungs-Anträge gegen den Kriegsminister v. Roon vorlägen u. s. w."

„Er habe schon eine Klage gegen den Kaiser als Beamten auf Anerkennung seiner Civilrechte bereit liegen, die er nach erfolgter Demobilmachung anstrengen werde. Es wäre ja doch möglich, daß der Kaiser dem Rechte ohne Weiteres Folge gäbe, um Herrn v. Roon zu retten vielleicht." Er schließt: „Jetzt habe ich genug erduldet. Nun, wie gesagt, ist es genug, was ich hinnahm. Ist der offene Kampf unvermeidlich, bin ich bereit dazu."

(Fortsetzung folgt.)

### Heirathsgesuche politischer Damen.

Die Conservative:

In einem künft'gen Ehestand
Zeig' ich kein allzuweit Gewissen,
Ich werde, bin ich auch galant,
Mich stets zu conserviren wissen.

Die Ultramontane:

Wenn mir's die heil'ge Kirch' erlaubt,
Möcht' ich nach einem Manne fragen,
Der allen meinen Worten glaubt;
Auch lieb' ich's, stets mich schwarz zu tragen.

Die Nationalliberale:

Ich folg' zu jedem Siegesschmause
Dem theuern Gatten mit Behagen;
Und ist derselbe nicht zu Hause,
Werd' ich auch „ja" zu Allen sagen.

Die Fortschrittlerin:

Mir paßte dieses Eheleben:
Ich würde immer (beim Bekleiden)
Gleich meinem Mann mir Mühe geben,
Mit neuster Mode fortzuschreiten.

Die Sozialistin:

Durch dick und dünn bis in das Grab
Folg ich dem Mann, dem ich's versprochen,
Ich theile mit ihm was ich hab',
Auch kann ich mit Petroleum kochen.

Kurt Mook.

— Wahlcuriosum. Der von den Conservativen aufgestellte Amtsrath Dietz bei Landsberg sandte an einige Personen, von denen es notorisch ist, daß sie der nationalliberalen oder der Fortschrittspartei angehören, eine Anzahl Stimmzettel mit dem Namen des Amtsraths Dietz und folgendes Schreiben: „Himmelstädt, — Dezbr. 1876. Ew. Wohlgeboren erlaube ich mir im Anschlusse eine Quantität Stimmzettel zur Reichstagswahl mit der ebenso ergebenen als freundlichen Bitte zu übersenden, solche gütigst an Ihre Freunde und Bekannte, welche mir ihre Stimme zu geben gesonnen sind, vertheilen zu wollen. Zu Gegendiensten gern bereit, bin ich achtungsvoll ergebenst Dietz, königlicher Amtsrath." Hierauf soll nun ein Empfänger wie folgt geantwortet haben: „Ew. Hochwohlgeboren danke ich für die freundliche Aufmerksamkeit — und wenn ich selbst ja auch keinen Gebrauch von den Stimmzetteln machen kann, so habe ich sie doch sicheren Männern übergeben. Auf Ihre gütige Versicherung, daß Sie zu Gegendiensten gern bereit sind, eingehend, erlaube ich mir, Ihnen anliegend einige Stimmzettel für Hrn. Admiralitätsrath Jacobs mit der Bitte zu überreichen, diese ebenfalls an sichere Leute geben zu wollen. Hochachtungsvoll N. N."

welches das Kleingewerbe tödte. Nachdem er in ¾stündiger Rede die Pariser Commune verherrlicht hatte, tauchte, wie ein Phantom, auf der Rednertribüne ein Mensch mit einem spitzen schwarzen Hute auf, der mit fürchterlichen Geberden eine schwarze Fahne schwang, dann verschwand er plötzlich, wie er gekommen. Ein anderer Redner, Herr Cohn, welcher dem Abg. Most für seine treffliche Organisation der Streiks in Dresden den Dank des Vaterlandes zu votiren suchte, rief eine ungeheure Aufregung hervor. Herr Redakteur Kayser stellte mit Mühe für einen Augenblick die Ruhe wieder her, als aber der vorgenannte Redner anfing auszuführen, daß die Nationalliberalen und die Conservativen doch etwas auf dem Reichstage genutzt hätten, da war kein Halten mehr und die Versammlung löste sich in ein tumultuarisches Durcheinander auf."

Der hier in einer für die Masse der Philister so gruselich machenden Weise geschilderte Vorgang war folgender: Nachdem Bebel seinen Vortrag unter stürmischem Beifall geendet und den Tisch, von dem er gesprochen, verlassen hatte, sprang plötzlich, wie eine Katze, ein junger schlanker Mann in spitzem Calabreserhut auf denselben und forderte durch einen hocherhobenen Stock — aus dem der Lügencorrespondent der „Dresdener Zeitung" eine schwarze Fahne macht — die Massen zur Ruhe auf. Statt der Ruhe entstand ein Sturm des Unwillens, da man den drohend dastehenden Mann für einen gewaltthätigen Ruhestörer hielt. Zwei Dutzend Hände griffen zugleich nach ihm und brachten den sich verzweifelt wehrenden vom Tisch herunter, wo sich denn herausstellt, daß man es mit einem — Irrsinnigen zu thun hatte, und zwar dem Sohn einer sehr angesehenen Dresdener Familie. Nicht ohne lebhafte Aufregung wurde der Irrsinnige fest umarmt und von ein paar geheimen Polizisten zum Saal hinausgebracht, worauf die Ruhe wiederkehrte. — Wie dieser Vorgang verlogen dargestellt wird, so auch der zweite mit Herrn Cohn: Der Genannte ist in Dresdener Volksversammlungen eine wohlbekannte Persönlichkeit, da er stets das sehr undankbare Geschäft übernimmt, die Fortschrittspartei gegen die Sozialisten zu vertheidigen. Es fiel Herrn Cohn nicht im Traum ein — wie der Correspondent der „Dresdener Zeitung lügt — die Nationalliberalen und Conservativen zu loben, auch konnte Bebel nicht allein die Ausführungen des Opponenten unter allgemeinem Beifall der Versammlung widerlegen, er beantwortete auch noch in längerer Ausführung eine schriftlich eingereichte Interpellation betreffend seine Stellung zu dem Reichseisenbahnprojekt, worauf die Versammlung in bester Stimmung und größter Ordnung geschlossen wurde. So werden Berichte in nationalliberalen Blättern wahrheitsgetreu zusammengelogen.

**Mülsen St. Niklas,** 11. Jan. (19. sächs. Wahlkreis.) Der Sieg ist in unserem Ort errungen. Liebknecht erhielt gestern 278 Stimmen, Uhlmann 129 Stimmen. Der Kampf war diesmal ungemein lebhaft auf beiden Seiten, nur mit dem Unterschied, daß die Gegner in ihrer Verzweiflung zu theilweise sehr unsauberen und kleinlichen Mitteln griffen. So suchte man z. B. eine Versammlung dadurch unmöglich zu machen, daß zwei Wirthe uns ihre Säle nicht zur Verfügung stellten; da wollte Gerber am 8. Januar seine Kindtaufe abhalten, Petzold fürchtete, daß seine Rohrbänke durchgetreten werden könnten, wie ihm dies 1871 passirt ist, wo das liberale Comité eine Versammlung einberufen hatte und so gründlich von Carl Hirsch heimgeschickt wurde, daß ihr Candidat nur 70 St. erhielt rc. Dennoch gelang es uns am 8. Januar Abends 8 Uhr eine Volksversammlung bei Wilh. Donat abhalten zu können. Dieselbe mochte von ca. 400 Personen besucht sein. Auf der Tagesordnung stand: 1) Die Thätigkeit des Reichstags in der vergangenen Legislaturperiode und die Aufgabe des Volks zur Reichstagswahl am 10. Januar. 2) Die Stellung der Arbeiter zur orientalischen Frage. Als Referent erschien unser Reichstagsabgeordneter Hr. W. Liebknecht aus Leipzig mit Herrn Reinhold aus Callnberg und einem Stollberger Genossen, während der Gegen-Candidat, Herr Uhlmann aus Stollberg, angeblich wegen einer Parteiversammlung in Oelsnitz, unserer Einladung nicht Folge gab. Nachdem Herr Reinhold den Vorsitz übernommen hatte, begann Herr Liebknecht seine Rede, die gleich wie man in einem Spiegel sein Bild wiederfindet, jedem Arbeiter seine Leiden, sein Denken und Fühlen vergegenwärtigte. Die Versammlung nahm hierauf folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Volksversammlung mißbilligt entschieden die russenfreundliche Politik der Reichsregierung in der orientalischen Frage, erklärt sich mit der Haltung ihres Vertreters im Reichstage, Herrn W. Liebknecht, einverstanden und verspricht am 10. Januar entschieden für seine Wiederwahl einzustehen." Diese Versammlung hatte eine so gute Wirkung, daß selbst die Gegner erklärten: „Wir haben gar nichts gegen seine Ausführungen einzuwenden, aber wer nicht ganz roth ist, muß für Uhlmann stimmen." Es wurden auch von den Gegnern ganze Fässer Bier zur Verfügung gestellt. Aber Alles umsonst — im eignen Lager der Liberalen entstand Revolution. Namentlich waren es die hellen Köpfe der gewesenen Soldaten, welche gleich in der Versammlung ihren Kameraden zuraunten: Was? Wie? einen Mann, wie den Uhlmann, sollen wir wählen, der, gleichwie die Liberalen es gethan haben, auf Verlangen auch für eine Verlängerung der Dienstzeit auf 10 Jahre stimmen würde? Nein, niemals! Und so kam es, daß der Gegenkandidat Uhlmann diesmal 61 Stimmen weniger, Liebknecht dagegen 40 Stimmen mehr erhielt als im Jahre 1874.

NB. Auf mindestens 100 gedruckten Uhlmann-Stimmzetteln stand oben: Reichstagswahl-Stimmzettel. Das ist wohl auch ein Name?

**Innsbruck.** Die Arbeitsvermittlungs-Sektion des Holzarbeiter-Fachvereins ersucht sämmtliche Fachcollegen, soviel wie möglich den Zuzug nach Innsbruck zu vermeiden, indem nur dadurch der Concurrenz, namentlich unter den Tischlern, Einhalt geboten werden kann. Denn bei dem gegenwärtigen Geschäftsgang, wo die Arbeitgeber die Löhne um ein Drittel herabgesetzt und die Indifferenten, welche sich nicht herbeilassen, dem Fachverein beizutreten, um ihre Klassenlage kennen zu lernen, erschweren schon ohnehin, uns zu behaupten. Damit Collegen ersuchen wir Euch, unsere Ermahnung zu beachten. — Zugleich geben wir bekannt, daß die Arbeitsvermittlung am 1. Februar 1877 in Kraft tritt. Dieselbe wird täglich von 8—9 Uhr Abends und Sonntags von 10—11 Uhr Vormittags im Vereinslokale, Gasthaus zum Blumauer, Hofgasse Nr. 5, in Thätigkeit sein. Alle zugereisten Fachcollegen ersuchen wir freundlichst, sich an die Arbeitsvermittlung zu wenden.

Für die Sektion: Georg Möhling.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

## Zu den Reichstagswahlen.

An alle sozialistischen Wahlcomités ergeht hiermit die dringliche Aufforderung, sofort das amtlich festgestellte Ergebniß der Reichstagswahlen in den einzelnen Kreisen an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III, behufs Anfertigung einer Wahlstatistik zu berichten.

Bis zur Feststellung des Wahlergebnisses durch das Sekretariat des sozialistischen Centralwahlcomités werden wir mit der Mittheilung der offiziellen Wahlresultate innehalten.

### Die definitiv gewählten Abgeordneten, nach ihrer Parteistellung geordnet.

Conservative (sämmtlich in Preußen gewählt. 30 resp. 31).

Graf Moltke (Memel). v. Batocki (Fischhausen). v. Tettau (Heiligenbeil). Graf Udo v. Stolberg (Rastenburg). v. Goßler (Goldap). v. Staudy (Lötzen). Graf Dohna-Finkenstein (Rosenberg-Löbau). v. Gordon (Schwetz). v. Jagow (Westpriegnitz). v. Grävenitz (Ostpriegnitz). v. Wedell-Malchow (Prenzlau). Landrath v. Gerlach (Köslin). v. Bethmann-Hollweg (Ober-Barnim). v. Levetzow (Königsberg N.-M.). v. Waldaw-Reitzenstein (Sternberg). Graf Kleist (Guben-Lübben). Landrath v. Manteuffel (Luckau). Frhr. v. Maltzahn-Gültz (Demmin-Anklam). v. Schöning (Pyritz). Flügge (Naugard). v. Wödtke (Cammin). Graf Kleist (Belgard). v. Busse (Neustettin). v. Colmar (Czarnikow). v. Rabenstein (Guhrau). v. Seydewitz (Rothenburg i. Sch.). Clauswitz (Liebenwerda). v. Helldorf (Wittenberg). v. Nathusius-Ludom (Minden i. W.). v. Kleist-Retzow (Herford). — Außerdem wird als „konservativ" gemeldet: Sachsen (1) Reich (Bautzen).

Deutsche Reichspartei. (28.)

Wichmann (Pr.-Holland). Graf Arnim-Boytzenburg (Ruppin). v. Brandt (Friedeberg). Uhden (Crossen). Kette (Bülow). v. Behr-Schmoldow (Stralsund). v. Unruhe (Bomst). Graf Maltzan (Militsch). Graf Frankenberg (Strehlen). Herzog von Ratibor (Landkreis Breslau). Fürst Carolath (Grünberg). Staatsminister Dr. Falk (Lübben). Graf Bethusy-Huc (Kreutzburg). v. Lüderitz (Stendal). Dietze (Calbe). Thilo (Bitterfeld). Staatsminister Dr. Friedenthal (Langensalza). Dr. Lucius (Erfurt). Graf Otto Stolberg (Goslar). Oberpräsident v. Ende (Marburg). Stumm (St. Wendel). Ackermann (Tharandt). v. Schwarze (Stadt Dresden rechts der Elbe). v. Varnbüler (Cannstadt). Fürst Hohenlohe-Langenburg (Crailsheim). von Schmidt (Blaubeuren). Freiherr v. Nordeck zur Rabenau (Gießen). Günther (Schatz).

Zwischen Nationalliberalen und deutscher Reichspartei stehend. (7.)

v. Bonin (Genthin). Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst (Forchheim). Graf Luxburg (Schweinfurt). v. Huber (Heilbronn). Schlomka (Stolp-Lauenburg). Dr. Ernst (Siegen). Richter (Meißen).

Nationalliberale. (94.)

Bieler (Graudenz). Appell.-Ger.-R. v. Puttkammer (Sorau). Dr. Dohrn (Ueckermünde). Kolbe (Randow-Greiffenhagen). v. Bahl (Greifswald). Generaladvokat v. Puttkammer (Fraustadt). Reinecke (Sagan-Sprottau). Dr. Braun (Glogau). Quoß (Hainau-Goldberg). v. Bunsen (Hirschberg). v. Forckenbeck (Wolmirstedt). v. Benda (Wanzleben). v. Bernuth (Oschersleben). Sombart (Eisleben). Dr. Müller (Sangerhausen). Wölffel (Querfurt). Götting (Nordhausen). Dr. Wachs (Tondern). ten Doornkat-Koolmann (Emden). Dr. Petersen (Aurich). Ober-Trib.-R. Struckmann (Diepholz). Brecht (Verden). Römer (Hildesheim). Albrecht (Osterode). v. d. Brelie (Celle). v. Reden (Lüneburg). Grumbrecht (Harburg). Laporte (Stade). v. Benigsen (Lehe). Dr. Oetker (Hofgeismar). Dr. Bähr (Kassel). Dr. Wehrenpfennig (Fritzlar). Dr. Harnier (Eschwege). Dr. Gleim (Hersfeld). Dr. Thilenius (Dillenburg). Dr. Techow (Lennep-Mettmann). Dr. v. Schulte (Duisburg). v. Beughem (Wetzlar). v. Treitschke (Creuznach). Pfähler (Saarbrücken). Frhr. v. Stauffenberg (München I.). Jordan (Landau). Schmidt (Zweibrücken). Buhl (Homburg). Völk (Immenstadt). Dr. von Schauß (Hof). Feustel (Bayreuth). Marquardsen (Erlangen-Fürth). Pabst (Rothenburg). Frühauf (Löbau). Stephani (Leipzig Stadt). Dr. Gensel (Mittweida). v. Hölder (Stuttgart). Dr. Schröder (Friedberg). Eduard Wadsack (Alsfeld). Martin (Bensheim). Heyl (Heppenheim-Worms). Bamberger (Bingen). Lenz (Oldenburg). Becker (Oldenburg). Krüger (Weimar). Dr. Sommer (Eisenach). Dr. Slevoigt (Jena). Möller (Boitzenburg). Webmeyer (Schwerin). Julius Wiggers (Güstrow). Pogge-Roggow (Malchin). Pogge-Blankenhof (Mecklenburg-Strelitz). Heilig (Constanz). Gerwig (Bondorf-Donaueschingen). Hebting (Instetten-Waldshut). Plüger (Lörrach). Morstatt (Ettenheim-Lahr). Bär (Offenburg). Eisenlohr (Karlsruhe). Scipio (Mannheim). Dr. Blum (Heidelberg). Kiefer (Sinsheim). Bode (Braunschweig-Blankenburg). Kuntzen (Wolfenbüttel). Koch (Gandersheim). v. Cuny (Dessau). Dr. Krauz (Bernburg). Forkel (Coburg). Wagner (Sachsen-Altenburg). Rückert (Meiningen). Dr. Lasker (Saalfeld). Valentin (Schwarzburg-Sondershausen). v. Dücker (Schaumburg-Lippe). Dr von Bunsen (Waldeck). Möring (Hamburg I.). Bauer (Hamburg II.). Dr. Wolffson (Hamburg III.). Mosle (Bremen). Klügmann (Lübeck).

Zwischen Nationalliberalen und Fortschrittspartei stehen (10).

Schmidt (Stettin). Spielberg (Halle). Rohland (Naumburg). Löwe (Bochum). v. Bockum-Dolffs (Hamm). Groß (Speier). Zinn (Kaiserslautern). Baumgarten (Rostock). Bolza (Germersheim). Wulfsheim (Potsdam).

Fortschritt (17).

Panneck (Neidenburg). Franke (Ragnit). v. Saucken-Julienfelde (Gumbinnen). Hillmann (Oletzko). Duncker (Berlin). Allnoch (Ramslau-Brieg). Dr. Hänel (Kiel). Schulze-Delitzsch (Wiesbaden). Hilf (Diez). Berger (Dortmund). Herz (Ansbach). Eysold (Pirna). Schwarz (Balingen). Wiggers (Rostock). Hoffmann (Schwarzburg-Rudolstadt). Hausmann (Lippe-Detmold). Träger (Reuß j. L.).

Demokrat (Volkspartei) (1).

Payer (Reutlingen in Württemberg).

Sozialdemokraten (10).

Fritzsche (4. Berlin). Hasenclever (6. Berlin). Hasenclever (Altona). Demmler (Landbez. Leipzig). Most (Chemnitz). Bebel (Glauchau). Motteler (Zwickau). Liebknecht (Stollberg). Auer (Kirchberg). Blos (Reuß ä. L.).

(Fortsetzung und Endresultat der engeren Wahlen folgt in nächster Nummer.)

Parteigenosse Hasenclever hat die im 6. Berliner Wahlkreise auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten angenommen. Es findet deshalb in Altona eine Neuwahl statt.

## Wähler des 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreises!

Der erste Wahlkampf ist vorüber, wir haben gesiegt, leider aber mit einer so geringen Majorität, als daß wir uns mit Stolz des Sieges freuen könnten. Die Gewißheit des Erfolges hatte eine Lauheit zur Folge, deren sich kein Sozialdemokrat schuldig machen darf.

Durch den großartigen und ruhmvollen Sieg, welchen unsere Parteigenossen in der Kaiserstadt errungen, wird uns glücklicherweise Gelegenheit geboten werden, unsere alterprobte Energie und Thätigkeit auf's Neue zu bezeigen und unseren deutschen Brüdern allerorts zu beweisen, daß wir auch heute noch verstehen, einen glänzenden Wahlsieg zu erringen.

Der von uns gewählte Reichstagsabgeordnete W. Hasenclever ist im 6. Berliner Wahlkreis gleichfalls gewählt und wird in jenem Wahlkreis das Mandat annehmen, weshalb wir eine Neuwahl vornehmen müssen.

Zwar wissen wir wohl, daß wir abermals Opfer von Euch verlangen, wo aber ist jemals eine große Idee ohne Opfer zur Durchführung gebracht? Gedenkt aller der Märtyrer, welche bereits für unsere Sache im Kerker geschmachtet, und Ihr werdet gewiß noch einmal mit allen Kräften in den bevorstehenden Wahlkampf eintreten.

In erster Linie ist es nöthig, daß wir Geld und zwar in kürzester Zeit beschaffen, da unsere Mittel durch die so sehr ungünstige Agitation in den verschiedenen Wahlkreisen völlig erschöpft sind.

Es werden zu diesem Zwecke Sammellisten im unterzeichneten Bureau ausgegeben und insbesondere alle diejenigen Freunde unserer Sache, deren Verhältnisse es nicht erlauben, offen für uns einzutreten, aufgefordert, sich an diesen Sammlungen thatkräftig zu betheiligen. Alle diejenigen, deren Verhältnisse es außerdem erlauben, uns einen zeitweiligen Vorschuß zu geben, mögen sich gleichfalls baldigst melden.

Ferner werden im Bureau, wie in allen öffentlichen Versammlungen, die Namen derjenigen, welche sich am Wahltage in der Stadt oder auf dem Lande thätig bezeigen wollen, aufgenommen.

Ganz besonders erwarten wir von allen erprobten Wahlagitatoren, welche bei der letzten Wahl müssig waren, daß sie diesmal auf dem Posten sind, es gilt unsere Ehre zu retten! Es gilt zu beweisen, daß wir des Namens: die Avantgarde des Sozialismus würdig sind.

Das Altonaer Arbeiter-Wahlcomité.
Altona, Gr. Bergstr. 27.

## An die Gesinnungsgenossen des Teltow-Beeskow-Storkower Kreises.

Hiermit zur Nachricht, daß, laut amtlichen Berichts, nicht ich, sondern der fortschrittliche und nationalliberale Candidat auf engere Wahl kommen, und findet dieselbe am 26. Januar statt. Ich fordere nun die Gesinnungsgenossen allerorts im Kreise auf, **Sonntag, den 21. Januar,** in Berlin, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Vogel, Alexanderstr. 31, zu einer Conferenz zu erscheinen. Tagesordnung: Wie verhalten wir uns bei dieser Stichwahl im Teltower Kreise?

Der Wichtigkeit der Sache halber erwarte ich eine recht rege Betheiligung.

Zum Schluß theile ich gleichzeitig noch das Stimmenergebniß mit. Abgegeben wurden sozialistische Stimmen: 1874 1456 St.; 1877 2608 Stimmen.

Mit Gruß und Handschlag
G. Dietzmann, Berlin, Waßmannstr. 6.

## Briefkasten

der Redaktion. M. H. in Mannheim: Das betr. Werk beziehen Sie aus der dortigen Buchhandlung billiger, als durch unsere Vermittelung, wobei noch das Porto darauf geschlagen werden müßte. Vielleicht können Sie das Werk auch antiquarisch beziehen; es wäre billiger, neu ist es ziemlich theuer. — F. R. in Biberstein bei Siebenlehn: Wer es beim jetzigen Stand der Dinge der Mühe werth hält zu stimmen, thue es für W. Zweite Frage wird schon erledigt sein, wenn Sie dies lesen. — A. P.: So wie Sie den Artikel auffassen, ist derselbe doch nicht zu verstehen. Wir wissen wohl, daß es auch unter den Kaufleuten Ehrenmänner gibt. — F. R. K.: Bei Erwiderungen auf Grund des Preßgesetzes muß der Erwiderung derselbe Platz und dieselbe Raumlänge gestattet werden.

der Expedition. Loges in Hannover: Ihre Annonce für Sonnabend, den 13. Januar, erhielten wir erst am 17, Mittags 12 Uhr. — P. Krowiarz in Osnabrück: Ihre Annonce kam für Nr. 8 zu spät. — Fichtler, Mrsbrg: Nr. 1 folgt per Kreuzband. Postabonnenten erhalten sonst Reklamirtes stets von der Post. — F. Lemke, Baarden: Niemand kann zur kirchlichen Trauung gezwungen werden. Wenn Civilgetraute schließlich selber noch zur Kirche gehen, so ist das ihre Sache. Gesetzlich zwingt sie Niemand dazu, das kann auch der Pfarrer nicht! Also, zu Hause geblieben, dann braucht's kein Ringewechseln und keinen Kirchensegen, wenn der Standesbeamte einmal sein Wort gesprochen hat.

Die Quittung über die dem Wahlfonds im Dezbr. und Januar zugegangenen Gelder erfolgt erst in der Mittwochsnummer. Die Wahlbewegung hat unerwartet viel Arbeit verursacht, daher die Verspätung.

Quittung. Rb Groß-Zschocher Placate 0,75. Zsch Neu-Reudnitz Ab. 12,50. Rttmann u. Comp. München Ab. 60,00, Schr. 1,50. Plz Prag Ab. 0,30. W. Knk Frankfurt Ab. 3,90. Ullrch Ulm Schr. 10,00. Gmbl Frankfurt 3,50. Tischler-Verein Cöln Ann. 2,10. Lgs Hannover Ann. 0,60. Zhthur Darmstadt Schr. 14,50. Dtrch Erfurt Ab. 30,00. Psch Hannover Ab. 30,00. Arbeiterverein Haard Ab. 3,58 u. 9,60. Lschk hier Ab. 0,55. Thm hier Ab. 1,25. A. Fnk hier Ab. 1,80. Zmstn Wiesbaden Ab. 0,50. Ktsky Wien Ab. 1,60 Rsck Labian Ab. 1,50. Kpfr hier Ab. 2,40. Brn Graz Ab. 4,85. Schlgl daselbst Ab. 8,09. Schrmr Lübeck Ab. 7,30. Brdmr Wandsbeck d. Gb Schr. 9,00. Omr Magdeburg Ab. 3,00. Lchtnr Steyr Ab. 4,85. Exped. d. „Dresdn. Volksbote" Dresden Ab. 120,00. Arbeiterverein Gloggnitz Ab. 6,40. Schwr Hittisau Ab. 1,20.

## Wahlfonds.

Von einer Wette d. Hmr hier 1,00, v. Sturt hier 1,00, v. Schneiderwerkstatt Schäfer hier 1,25, v. Club „Morgenroth" hier 15,00, v. Bchbndr Stäger hier 4,05, für Rudolph Erfurt 1,00. — Liste 11 d. E. Hoffmann 9,90, Liste 3 d. Jansen 3,00, Liste 5 d. Pezoldt 31,30.

Für das Central-Wahl-Comité:
Peter Krebs, Kassirer.


## Anzeigen rc.

**Altona.** Sonnabend, den 20. Januar, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

**Volksversammlung.**

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

**Leipzig.** Reichstagswahlcomité.
Montag, den 22. Januar, Abends ½9 Uhr:
**Sitzung** im Arbeiterbildungsverein.
Die Mitglieder des Wahlcomités des 13. Wahlkreises sind eingeladen. Der Vorstand. [0,50

**Leipzig.** Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Montag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof, Burgstraße: **Versammlung.**
Gäste willkommen. D. B. [0,40

## Avis für Zimmerleute!

Da wir Altonaer Zimmerer seit dem 2. Januar von unseren Meistern und Arbeitgebern ausgeschlossen sind, dieweil wir auf den uns von obengenannten Herren vorgelegten Lohntarif nicht eingehen konnten, bitten wir vor allen Zuzug zu warnen und Dieses so viel wie möglich zu verbreiten.

Altona, den 16. Januar 1877. (3a)

Die Commission. [90



Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig